

Lost in Transformation

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 115 vom 19. Mai 2023

INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen
Zeitung Nr. 115 vom 19. Mai 2023, S. 10,
unter dem Titel:

"Lost in Transformation. Die Mehrheit fühlt sich von den
Plänen zum Klimaschutz überfordert."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Viele befürchten persönliche Nachteile durch die Klimapolitik
	A	2	Angemessenes Tempo?
	A	3	Womit geheizt wird
	A	4	Betroffenheit vom geplanten Verbot
	A	5	Immobilienbesitzer trifft es besonders
	A	6	Erhebliche Kosten
	A	7	Planungsunsicherheit
	A	8	Wichtig für den Klimaschutz?
	A	9	Haltung zu (geplanten) Veränderungen
	A	10	Vorbehalte gegen Elektroautos
	A	11	Wenig Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Politik

	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
--	---	---	--

Schaubild	1	Erwartete Auswirkungen der Klimapolitik
	2	Differenzierte Reaktionen auf Pläne
	3	Die Mehrheit fürchtet hohe Kosten
	4	Breite Kritik
	5	Aufregerthemen – TOP 5
	6	Die Bürger fürchten zunehmend Nachteile durch Reformen

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Lost in Transformation

Einigkeit über die Ziele und Notwendigkeit von Transformationsprozessen bedeutet nicht, dass konkrete Beschlüsse zur Umsetzung automatisch breite Akzeptanz finden. Die Formulierung von Zielen ist einfach, die Planung und Organisation ihrer Umsetzung komplex. Sie erfordern, dass alle Optionen und die Voraussetzungen und Ressourcen für ihre Umsetzung akribisch geprüft werden, wie auch die Konsequenzen für die Betroffenen und realistische Zeitschienen. Wenn dies nur unzureichend geschieht, sind Widerstand und Vertrauensverluste vorprogrammiert – um so mehr, wenn die vorgesehenen Maßnahmen unmittelbar in das Leben weiterer Bevölkerungskreise eingreifen.

Das Ziel Klimaschutz durch die Umsteuerung auf regenerative Energien zu befördern, wird von der Mehrheit nach wie vor unterstützt. Klimaschutz wird zu den wichtigsten politischen Herausforderungen gezählt, wenn das Anliegen auch in den vergangenen drei Jahren durch die Aneinanderreihung

unterschiedlichster Krisen teilweise überlagert wurde. Die Bevölkerung ging am Beginn der Legislaturperiode auch davon aus, dass die Ampel-Koalition Klimaschutz Priorität einräumen würde. Viele stellten sich bereits nach den ersten hundert Tagen der Regierung darauf ein, dass die Klimaprogramme unmittelbare und meist negative persönliche Auswirkungen haben würden. 56 Prozent rechneten nach dem Start der Regierung mit unmittelbaren persönlichen Auswirkungen der Klimapolitik; nur 7 Prozent hofften auf positive Auswirkungen, 49 Prozent erwarteten Nachteile. Diese Einschätzung hat sich seither nur wenig verändert. Überdurchschnittlich fürchten die schwächeren sozialen Schichten und die ostdeutsche Bevölkerung, dass die Klimapolitik der Regierung ihnen Opfer abverlangen wird.

Tabelle A 1

Schaubild 1

Das Tempo der politischen Beschlüsse wird zunehmend als überhöht empfunden. Anfang vergangenen Jahres fällten 23 Prozent dieses Urteil, aktuell 32 Prozent, in Ostdeutschland 39 Prozent. 50 Prozent der Bevölkerung, bewerten die Schlagzahl der Klimapolitik jedoch nach wie vor als angemessen oder sogar als zu niedrig. Auch dies unterstreicht, dass die Forcierung von Klimaschutz von der Mehrheit nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird – sehr wohl aber einzelne Maßnahmen und Pläne.

Tabelle A 2

Die Reaktion auf beschlossene oder geplante Maßnahmen fällt durchaus differenziert aus. So

unterstützt die Mehrheit einen forcierten Ausbau der Windenergie, eine knappe Mehrheit auch die Solardachpflicht für Neubauten. Völlig anders fällt die Reaktion auf strengere Vorschriften für die Dämmung von Häusern und Wohnungen und vor allem auf die Eliminierung von Öl- und Gasheizungen aus: 60 Prozent sehen die Vorschriften für die Dämmung von Immobilien kritisch, 72 Prozent den Plan, das bis 2045 alle Öl- und Gasheizungen ausgetauscht werden sollen, 80 Prozent das ab 2024 geplante Verbot, noch neue Öl- und Gasheizungen einzubauen.

Schaubild 2

72 Prozent der Bevölkerung heizen mit Erdgas oder Öl. Entsprechend zieht auch nur jeder Vierte entspannt die Bilanz, von den Plänen nicht betroffen zu sein. 36 Prozent stufen sich als stark betroffen ein, überdurchschnittlich die 45-Jährigen und Älteren und Immobilienbesitzer. Die Hauptsorge gilt den zu erwartenden Investitionskosten. Knapp 30 Prozent der gesamten Bevölkerung fürchten, dass die Pläne für die Eliminierung von Öl- und Gasheizungen sie finanziell überfordern werden; unter Immobilienbesitzern fürchten dies 42 Prozent. Der Hinweis von Ministerpräsidentin Schwesig, dass nicht jeder Immobilienbesitzer wohlhabend ist, ist nur zu berechtigt. Schon die Instandhaltung von Immobilien ist für viele eine Herausforderung und daher die Vorstellung, dass die finanziellen Belastungen aus dem Immobilienbesitz deutlich steigen könnten, erschreckend.

Tabelle A 3

Tabelle A 4

Tabelle A 5

Die Sorge, dass aufgrund neuer Vorgaben für Heizen und eine bessere Energieeffizienz von Gebäuden höhere Lasten auf sie zukommen, treibt zurzeit 58 Prozent der Bevölkerung um; das entspricht rund 40 Millionen Menschen. Ob man sich zutraut, diese Kosten zu schultern, hängt in hohem Maße von der eigenen materiellen Situation ab. In den höheren Schichten fürchtet zwar auch die Mehrheit höhere Belastungen, aber lediglich 17 Prozent eine Überforderung. In der Mittelschicht macht sich dagegen jeder Dritte Sorgen, dass ihn die zu erwartenden Mehrkosten überfordern könnten, in den schwächeren sozialen Schichten die Mehrheit. Das Empfinden, dass der Staat die Leistungsfähigkeit der Bürger zu wenig in den Blick nimmt und dadurch viele finanziell überfordert, reicht jedoch weit über den Kreis hinaus, der persönlich fürchtet, für die notwendigen Mehrausgaben unzureichend gerüstet zu sein. 75 Prozent der Bevölkerung stimmen der Kritik zu, der Staat mute den Bürgern beim Klimaschutz zu viel zu und verpflichte sie zu Maßnahmen, die viele überfordern. Zwar werden Entlastungen versprochen; dies dämpft die Besorgnis bisher jedoch aus einem nachvollziehbaren Grund kaum: Die zu erwartenden Kosten für einen Heizungstausch und eine bessere Dämmung können sehr konkret berechnet werden und haben für viele erschreckende Dimensionen, das Entlastungsversprechen bleibt jedoch bisher vage.

Tabelle A 6

Schaubild 3

Schaubild 4

Zu der Sorge über finanzielle Belastungen kommt der Verlust an Planungssicherheit. Die Hälfte der Bevölkerung ist durch die Pläne der Regierung zur Zukunft des Heizens verunsichert und ratlos, wie man sich darauf am besten einstellt. Überdurchschnittlich haben Immobilienbesitzer und die schwächeren sozialen Schichten dieses Gefühl. Während in den höheren sozialen Schichten 38 Prozent ratlos sind, wie sie sich am besten auf die neuen Vorgaben vorbereiten, sind es in den schwächeren Schichten 57 Prozent. Generell fühlen sich die schwächeren sozialen Schichten für Transformationsprozesse schlechter gerüstet, ob für Klimaschutzprogramme, Digitalisierung, den wirtschaftlichen Strukturwandel oder Reformen der sozialen Sicherungssysteme.

Tabelle A 7

Wer inmitten großangelegter Transformationsprozesse das Vertrauen und den Rückhalt der Mehrheit bewahren will, muss alles daran setzen, dass die einzelnen Maßnahmen mit allen Konsequenzen und Nebenfolgen durchdacht sind, die Bürger die Konsequenzen, die sie unmittelbar betreffen, kalkulieren und verkraften können und soweit wie nur möglich inmitten des Wandels Planungssicherheit haben. Zurzeit sind diese Voraussetzungen nur begrenzt erfüllt und dies keineswegs nur bei dem aktuellen Aufregerthema Heizungstausch.

Auch die neuen Zielvorgaben für die individuelle Mobilität treffen weit verbreitet auf Skepsis. Die Mehrheit begrüßt die Pläne, den öffentlichen Nahverkehr auszubauen und wann irgend möglich, die Bahn verstärkt für den Güterverkehr einzusetzen. Auch Tempolimits werden von vielen unterstützt. Eine Politik, die den Pkw-Verkehr generell als Problem ausmacht und einschränkt, wird jedoch von der großen Mehrheit kritisch gesehen. So halten es 58 Prozent für falsch, bei der Stadtplanung Fußgängern und Radfahrern Vorrang vor dem Pkw-Verkehr einzuräumen; 67 Prozent sind gegen eine Ausweitung von Zufahrtsbeschränkungen von Pkws in Innenstädten. Am wenigsten Verständnis hat die Bevölkerung für den Beschluss, ab 2035 keine Pkws mit Verbrennungsmotor mehr zuzulassen. 27 Prozent unterstützen diesen Beschluss, 72 Prozent sprechen sich dagegen aus. Die Festlegung auf Elektromobilität hat die Bevölkerung bisher zu keinem Zeitpunkt überzeugt – nicht nur aufgrund des zu langsamen Aufbaus der Ladeinfrastruktur, Zweifeln an der Eignung für Langstreckenfahrten und der Kosten für die Anschaffung und Strom, sondern auch aufgrund von Zweifeln an der Umweltbilanz. Völlig stabil zweifeln 60 Prozent der Bürger, ob die Umweltbilanz der E-Mobilität angesichts des derzeitigen Strommixes und der Batterieerzeugung und -entsorgung eindeutig überlegen ist. Das Verbrenner-Aus wird mittlerweile zwar auch von der Mehrheit der

Tabelle A 8

Tabelle A 9

Tabelle A 10

Kritiker gelassen gesehen; immerhin 34 Prozent der Bevölkerung beunruhigt diese Perspektive jedoch und damit ähnlich viele wie das Aus für konventionelle Heizungen bis 2045.

Tabelle A 9

Die Pläne und Beschlüsse zur Förderung von Klimaschutz sind jedoch keineswegs die einzigen, nicht einmal die zurzeit dominierenden Auslöser von Besorgnis. Die Regierung ist in vielen Bereichen mit wachsender Skepsis der Bürger konfrontiert, insbesondere bei der Steuerung von Migration oder in der Gesundheitspolitik. Das personelle Fundament des Gesundheitswesens erodiert mit besorgniserregender Geschwindigkeit, während gleichzeitig die Kosten steigen. Die Bevölkerung stellt dem Gesundheitssystem aktuell noch ein gutes Zeugnis aus, ist aber überzeugt, dass die Leistungsfähigkeit immer schwerer zu erhalten ist. Eine offensive Debatte über Leistungsansprüche, Strukturen oder die Potentiale von Bürokratieabbau und Digitalisierung finden öffentlich bisher jedoch nur in Ansätzen statt. Die Bürger beobachten in ihrer Region jedoch den sich zuspitzenden Personalmangel – bei Ärzten, Pflege- und Praxispersonal. Das gilt insbesondere für ländliche Regionen und Ostdeutschland. Auch die Frage, wie es mit der Krankenhausabdeckung weitergeht, beunruhigt die große Mehrheit. Die Schließung kleinerer Krankenhäuser und die Konzentration auf größere Versorgungseinheiten beunruhigen

Schaubild 5

zurzeit zwei Drittel der Bevölkerung. Die Verschärfung der Probleme im Gesundheitswesen wird für die Politik eine immer größere Herausforderung.

Das gilt auch für die Steuerung der Migration und die Bewältigung der Flüchtlingssituation. Den meisten fehlt zurzeit das Zutrauen, dass die weitgehend ungesteuerte Migration verstärkt an den Interessen des Landes ausgerichtet wird. Zwar ist der Arbeitskräftemangel durchaus bewusst, trotzdem sehen zwei Drittel der Bevölkerung Bemühungen, Fachkräfte verstärkt über Zuwanderung zu gewinnen, skeptisch. Noch ablehnender ist die Haltung zu einer rascheren Einbürgerung. Nur 18 Prozent begrüßen diesen Plan, 53 Prozent finden ihn beunruhigend. Untersuchungen belegen zwar, dass diese Haltung nicht festgefügt ist; die Aufgeschlossenheit wächst deutlich, wenn die raschere Einbürgerung an Bedingungen geknüpft wird wie Sprachbeherrschung und Erwerbstätigkeit. Dies entspricht durchaus den Plänen der Regierung. Die Zweifel in der Bevölkerung, ob die neuen Regeln und die Praxis wirklich konsequent an den Interessen des Landes ausgerichtet werden, sitzen jedoch tief.

Schaubild 5

Das Vertrauen, dass die Politik den Problemen und Herausforderungen gewachsen ist, vor denen das Land steht, ist begrenzt. Nur 10 Prozent haben großes, 29 Prozent überhaupt kein Vertrauen. Die Bürger rechnen immer

Tabelle A 11

mehr damit, dass sich die in den unterschiedlichen Feldern anstehenden Reformen für sie nachteilig auswirken werden. Nach den ersten 100 Tagen der Regierung war das noch anders. Damals gingen zwar viele davon aus, dass die anstehenden klimapolitischen Beschlüsse für sie persönlich Nachteile bringen; darüber hinaus sahen die meisten der Legislaturperiode jedoch durchaus entspannt entgegen. Seither hat sich der Blick auf anstehende Reformen verdüstert: Der Anteil, der persönliche Nachteile befürchtet, hat sich von 22 auf 39 Prozent fast verdoppelt, während nur 11 Prozent auf positive Auswirkungen hoffen. Die Akzeptanz von Transformationsprozessen leidet, wenn sie in erster Linie mit Einschränkungen und Verzicht assoziiert werden und kaum mit Chancen. Das ist auch das Problem einer Politik, die Anreizsystemen weniger zutraut als Verboten. Die große Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen ist vom Gegenteil überzeugt-

Schaubild 6

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1001
Befragungszeitraum:	28.4. bis 10.05.2023
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Viele befürchten persönliche Nachteile durch die Klimapolitik

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie sehen Sie das für sich persönlich: Rechnen Sie durch die Klimapolitik der Bundesregierung für sich persönlich eher mit Vorteilen, oder eher mit Nachteilen, oder weder noch?"

	Bevölkerung insgesamt	
	März 2022	Mai 2023
	%	%
Mit Vorteilen	7	7
Mit Nachteilen	49	46
Weder noch.....	34	36
Unentschieden	<u>10</u>	<u>11</u>
.....	100	100

}	56	}	53
---	----	---	----

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12050, 12071

Angemessenes Tempo?

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie bewerten Sie ganz generell die Geschwindigkeit, mit der die Regierung den Klimaschutz vorantreibt: Halten Sie die Geschwindigkeit für zu hoch, oder für zu niedrig, oder halten Sie die Geschwindigkeit alles in allem für angemessen?"

	Bevölkerung insgesamt		West	Ost
	März 2022 %	Mai 2023 %		
Zu hoch	23	32	30	39
Zu niedrig.....	22	26	} 50	29..... 16
Angemessen.....	31	24		
Unentschieden.....	<u>24</u>	<u>18</u>	<u>16</u>	<u>26</u>
	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12050, 12071

Womit geheizt wird

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Können Sie mir nach dieser Liste sagen, welche Heizung Sie im Haus haben bzw. wie Sie Ihre Wohnung heizen?"

	Bevölkerung insgesamt	
	%	
Erdgas	48	} 72
Heizöl	24	
Holz, Kamin, Kachelofen	19	
Fernwärme	12	
Solarenergie	6	
Wärmepumpe	4	
Strom, Nachtspeicherheizung.....	4	
Holzpellets (Zentralheizung).....	3	
Geothermie, Erdwärme	2	
Kohle	1	
Anderes, keine Angabe	4	

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12071, Mai 2023

Betroffenheit vom geplanten Verbot

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es kann ja ganz unterschiedlich sein, wie stark man vom geplanten Verbot von herkömmlichen Öl- und Gasheizungen betroffen ist. Wie ist das bei Ihnen: Wie stark betrifft Sie dieses Verbot? Würden Sie sagen, das betrifft Sie ..."

	Bevölkerung			
	insg.	Immobilien- besitzer	45-59 Jährige	60 Jährige u. ältere
	%	%	%	%
„sehr stark“	13	22	13	18
„stark“	23	30	29	23
„weniger stark“	24	19	24	20
„kaum, gar nicht“	25	18	19	26
Unentschieden, weiß (noch) nicht	<u>15</u>	<u>11</u>	<u>12</u>	<u>13</u>
	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12069

Immobilienbesitzer trifft es besonders

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Es kann ja ganz unterschiedlich sein, wie stark man vom geplanten Verbot von herkömmlichen Öl- und Gasheizungen betroffen ist. Wie ist das bei Ihnen: Wie stark betrifft Sie dieses Verbot? Würden Sie sagen, das betrifft Sie ..."

Falls „sehr stark“ oder „stark“:

FRAGE: "Befürchten Sie, dass durch das geplante Verbot von herkömmlichen Öl- und Gasheizungen Kosten auf Sie zukommen, die Sie finanziell überfordern, oder befürchten Sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt	Immobilien- besitzer
	%	%
Vom Verbot herkömmlicher Öl- und Gasheizungen (sehr) stark betroffen.....	36	52
Befürchte Überforderung durch kommende Kosten	29	42
Befürchte das nicht	4	6
Unentschieden	3	4
Vom Verbot herkömmlicher Öl- und Gasheizungen (weniger, kaum) gar nicht betroffen.....	49	37
Unentschieden, weiß (noch) nicht.....	<u>15</u>	<u>11</u>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12069

Erhebliche Kosten

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Befürchten Sie, dass durch neue Vorgaben der Politik zum Heizen und zur Energieeffizienz von Gebäuden in den nächsten Jahren erhebliche Kosten auf Sie zukommen, oder befürchten Sie das nicht?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Befürchte das	58
Befürchte das nicht	21
Unentschieden, weiß nicht	<u>21</u>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12071, Mai 2023

Planungsunsicherheit

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Neulich sagte jemand: ‚Die Pläne der Politik, was die Zukunft des Heizens angeht, verunsichern mich. Ich bin ein wenig ratlos, wie ich für die Zukunft planen soll.‘ Geht Ihnen das auch so, oder geht Ihnen das nicht so?"

	Bevölkerung insgesamt	Immobilien- besitzer	Sozioökonomischer Status		
			niedrig	mittel	hoch
	%	%	%	%	%
Geht mir auch so	49	54	57	50.....	38
Geht mir nicht so	33	33	24	31.....	48
Unentschieden.....	<u>18</u>	<u>13</u>	<u>19</u>	<u>19</u>	<u>14</u>
	100	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12071, Mai 2023

Wichtig für den Klimaschutz?

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was meinen Sie, wie könnte es vor allem gelingen, die Klimabelastung wesentlich zu reduzieren, was ist da Ihrer Meinung nach am wichtigsten?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Um die Klimabelastung zu reduzieren ist es am wichtigsten, dass:	
die Regenwälder geschützt und aufgeforstet werden	81
sich alle Länder gleichermaßen um eine Verringerung der Klimabelastung bemühen	79
der öffentliche Nahverkehr gefördert und ausgebaut wird	71
der Straßenverkehr entlastet wird, indem der Güterverkehr verstärkt auf Schienen und Wasserwege umgeleitet wird	67
schadstoffarme Antriebssysteme für Autos und Lkws eingesetzt werden	63
die Stromversorgung noch stärker auf erneuerbare Energien umgestellt wird	63
alternative Kraftstoffe wie z.B. Wasserstoff stärker gefördert werden	62
weniger fossile Brennstoffe wie Öl und Kohle genutzt werden	58
ältere Häuser so saniert werden, dass sie weniger Energie brauchen	56
der Flugverkehr eingeschränkt wird	52
die Menschen weniger Auto fahren	48
die Geschwindigkeit auf Autobahnen durch ein allgemeines Tempolimit begrenzt wird	46
der Verkehrsfluss durch intelligente Verkehrsleitsysteme, bessere Ampelschaltungen, vernetzte Autos usw. verbessert wird	41
die Laufzeit von Kernkraftwerken verlängert wird	41
die Menschen ihre Ernährung umstellen, z.B. weniger Fleisch essen	38
schon bald keine neuen Autos mit Benzin- oder Dieselantrieb mehr zugelassen werden	23
Nichts davon	2

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12064

Haltung zu (geplanten) Veränderungen

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf diesen Karten stehen verschiedene Veränderungen, die in Deutschland für die nächsten Jahre geplant oder bereits abgeschlossen sind. Welche dieser Veränderungen finden Sie gut, welche finden Sie zwar nicht gut, sehen sie aber gelassen, und welche Veränderungen beunruhigen Sie?"

Auszug aus den Vorgaben

Bevölkerung
insgesamt

%

Finde das nicht gut

Bei der Stadtplanung sollen Fußgänger und Radfahrer Vorrang vor dem Autoverkehr haben 58

Die Zufahrtsbeschränkungen für Autos in Innenstädte sollen ausgeweitet werden 67

Ab 2035 sollen keine Autos mit herkömmlichem Verbrennermotor mehr zugelassen werden 72

Finde das gut:

Ab 2035 sollen keine Autos mit herkömmlichem Verbrennermotor mehr zugelassen werden 27

Das beunruhigt mich:

Ab 2035 sollen keine Autos mit herkömmlichem Verbrennermotor mehr zugelassen werden 34

Bis 2045 sollen alle Öl- und Gasheizungen ausgetauscht werden..... 36

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12071, Mai 2023

FRAGE: "Einmal unabhängig davon, ob ein Elektroauto für Sie in Frage käme: Was von dieser Liste spricht in Ihren Augen dagegen, sich zurzeit ein Elektroauto zu kaufen?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Die Kosten für die Anschaffung eines Elektroautos sind zu hoch	71
Es gibt zu wenig Ladestationen für Elektroautos.....	64
Strom ist deutlich teurer geworden.....	62
Es ist fragwürdig, ob Elektroautos wirklich umweltfreundlicher sind	60
Die Reichweite von Elektroautos ist zu gering	59
Das Aufladen von Elektroautos dauert zu lange	54
Die Batterien, die Antriebstechnik von Elektroautos ist noch nicht ausgereift.....	49
Unser Stromnetz ist auf eine deutlich höhere Zahl an Elektroautos nicht vorbereitet.....	47
Die Ladestationen sind oft nicht gut erreichbar	34
Die staatlichen Kaufprämien laufen aus.....	34
Der Strom für Elektroautos kommt nach wie vor zu einem großen Teil aus Kohle und Kernenergie	33
Das Bezahlsystem an den Ladestationen ist nicht einheitlich	22
Die Ladestationen sind oft schwierig zu bedienen	20
Bei Elektroautos kommt kein typisches Fahrgefühl auf.....	12

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12064

Wenig Vertrauen in die Problemlösungs-
kompetenz der Politik

Tabelle A 11
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie einmal an die Probleme und Aufgaben denken, die jetzt und in Zukunft in Angriff genommen werden müssen: Wie groß ist da Ihr Vertrauen, dass unsere Politik die Probleme auch in den Griff bekommt? Würden Sie sagen, Sie haben da ..."

	Bevölkerung ingesamt
	%
„großes Vertrauen“	10
„weniger großes Vertrauen“	50
„kein Vertrauen“	29
Unentschieden	<u>11</u>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12071, Mai 2023

Zweitstimmen	Gesamtdeutschland						
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
Bundestagswahl							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: Jahresdurchschnitt	35,5	6,5	16,0	20,0	7,5	10,0	4,5
2021: 10.-20. Januar	37,0	6,5	16,0	20,0	7,5	9,0	4,0
4. - 17. Februar	37,0	7,0	15,0	20,0	7,0	9,5	4,5
8. - 21. März	28,5	8,5	18,0	21,5	8,5	10,0	5,0
6. - 15. April	28,0	10,0	16,5	23,0	7,5	9,5	5,5
23. April - 6.Mai	26,0	10,0	17,0	26,0	7,0	9,0	5,0
1. - 13. Mai	27,5	10,0	16,0	24,0	6,5	10,0	6,0
28. Mai - 9. Juni	29,5	11,0	17,0	21,5	7,0	9,0	5,0
3. - 14. Juli	31,5	12,0	16,5	18,0	6,5	9,5	6,0
3. - 22. Juli	30,0	12,0	16,0	19,5	7,0	9,5	6,0
5. - 17. August	27,5	11,0	19,5	17,5	7,5	11,0	6,0
18. - 26. August	26,0	10,5	24,0	17,0	6,0	10,5	6,0
1. - 7. Sept.	25,0	9,5	27,0	15,5	6,0	11,0	6,0
16. - 23. Sept.	25,0	10,5	26,0	16,0	5,0	10,0	7,5
Bundestagswahl							
26.9.2021	24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	8,7
1. - 14. Oktober	21,0	14,0	28,0	15,0	5,0	9,5	7,5
29.Okt.-11.Nov.	23,0	14,0	27,0	15,0	5,5	9,5	6,0
1. - 15. Dezember	24,0	13,0	26,0	15,0	5,0	10,5	6,5
2022: 6. - 20. Januar	23,0	12,5	27,5	14,5	5,5	10,0	7,0
3. - 16. Februar	27,0	10,5	25,0	15,0	6,0	10,0	6,5
9. - 21. März	25,0	10,5	25,0	17,0	5,0	10,0	7,5
25. März - 6. Apr.	24,0	9,0	28,0	17,0	6,0	9,0	7,0
6. - 18. Mai	29,0	8,0	24,0	20,5	4,5	9,0	5,0
3. - 17. Juni	27,0	8,0	23,0	22,0	4,5	10,0	5,5
8. - 21. Juli	27,5	7,0	22,0	22,0	5,0	11,0	5,5
5. - 18. August	29,0	8,0	19,5	21,0	5,0	12,0	5,5
1. - 14. September	30,0	7,0	20,0	19,0	5,5	13,0	5,5
1. - 13. Oktober	30,5	7,0	19,0	19,0	5,0	14,0	5,5
5. - 17. November	29,5	7,0	20,0	20,0	4,0	14,0	5,5
2. - 15. Dezember	30,0	7,5	22,0	18,0	4,5	12,0	6,0
2023: 5. - 18. Januar	31,0	6,0	21,0	17,0	4,5	14,0	6,5
27. Jan. - 9. Febr.	30,0	7,5	22,5	16,0	4,0	14,0	6,0
2. - 15. März	31,0	6,5	21,0	16,0	4,5	15,0	6,0
3. - 18. April	31,0	7,5	20,0	15,0	5,0	16,0	5,5
28. April-10. Mai	32,0	8,0	18,0	16,0	5,0	15,0	6,0

Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.001 Personen.

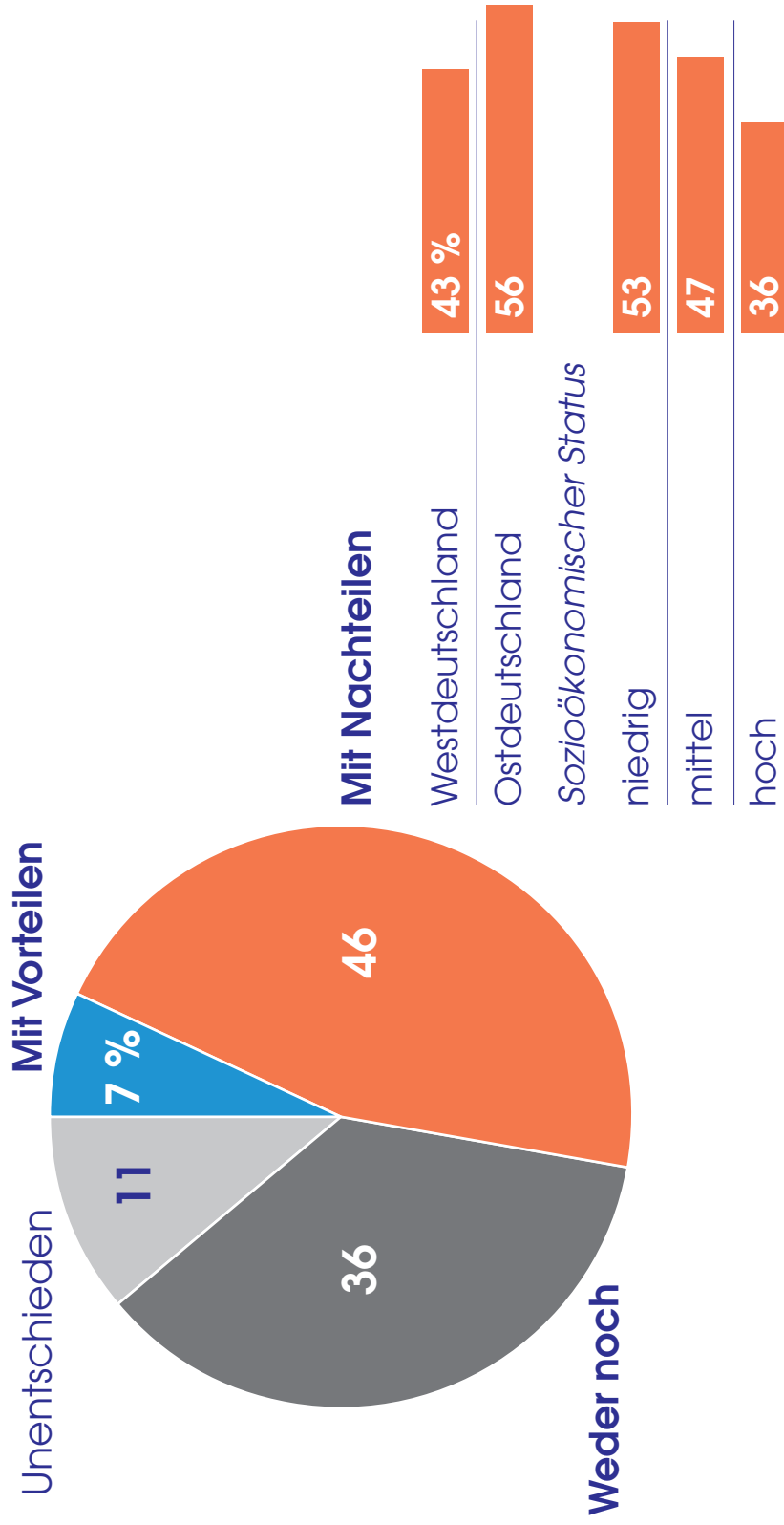
Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, IfD-Umfrage 12071

Schaubilder

Erwartete Auswirkungen der Klimapolitik

Frage: "Wie sehen Sie das für sich persönlich: Rechnen Sie durch die Klimapolitik der Bundesregierung für sich persönlich eher mit Vorteilen, oder eher mit Nachteilen, oder weder noch?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12071

Differenzierte Reaktionen auf Pläne

Frage: "Hier auf den Karten stehen verschiedene Veränderungen, die in Deutschland für die nächsten Jahre geplant oder bereits beschlossen sind. Welche dieser Veränderungen finden Sie gut, welche finden Sie zwar nicht gut, sehen sie aber gelassen, und welche Veränderungen beunruhigen Sie?"

Kritiker

44

Die Windenergie soll stark ausgebaut werden

Befürworter

56 %

48

Bei Neubauten soll eine Solaranlage auf dem Dach Pflicht werden

51

60

Es gibt strengere Vorschriften für die Dämmung von Häusern und Wohnungen

39

72

Bis 2045 sollen alle Öl- und Gasheizungen ausgetauscht werden

27

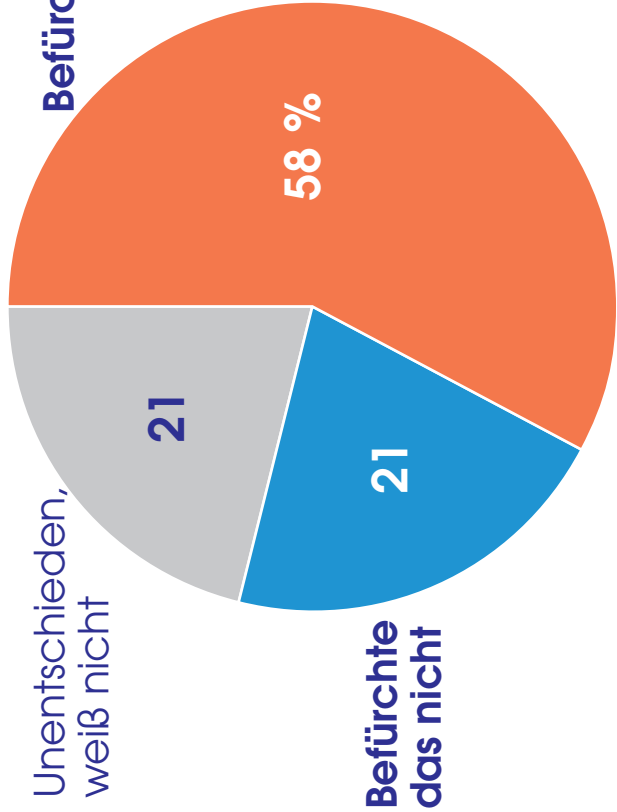
80

Ab 2024 sollen in Häuser keine herkömmlichen Öl- oder Gasheizungen mehr eingebaut werden dürfen

20

Die Mehrheit fürchtet hohe Kosten

Frage: "Befürchten Sie, dass durch neue Vorgaben der Politik zum Heizen und zur Energieeffizienz von Gebäuden in den nächsten Jahren erhebliche Kosten auf Sie zukommen, oder befürchten Sie das nicht?"



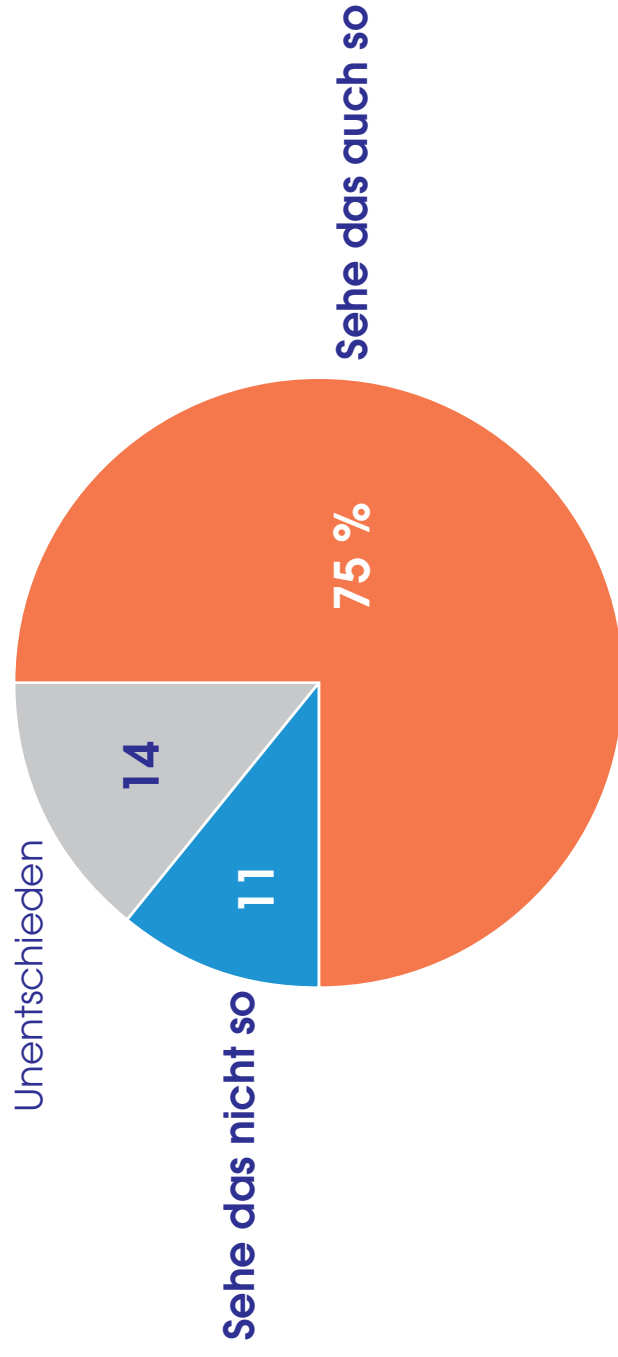
Es befürchten erhebliche Kosten und eine finanzielle Überforderung



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12071

Breite Kritik

**"Der Staat mutet den Bürgern beim Klimaschutz viel zu viel zu.
Es kann nicht sein, dass der Staat die Bürger zu Maßnahmen verpflichtet, die viele finanziell überfordern."**



Aufregerthemen - TOP 5

Das beunruhigt mich -

Kleinere Krankenhäuser sollen geschlossen werden, die Krankenhausversorgung findet vor allem über größere Krankenhäuser statt

69 %

Zuwanderer sollen schneller die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten können

53

Ab 2024 sollen in Häuser keine herkömmlichen Öl- oder Gasheizungen mehr eingebaut werden dürfen

43

Erwachsene sollen unter bestimmten Bedingungen Cannabis legal erwerben können

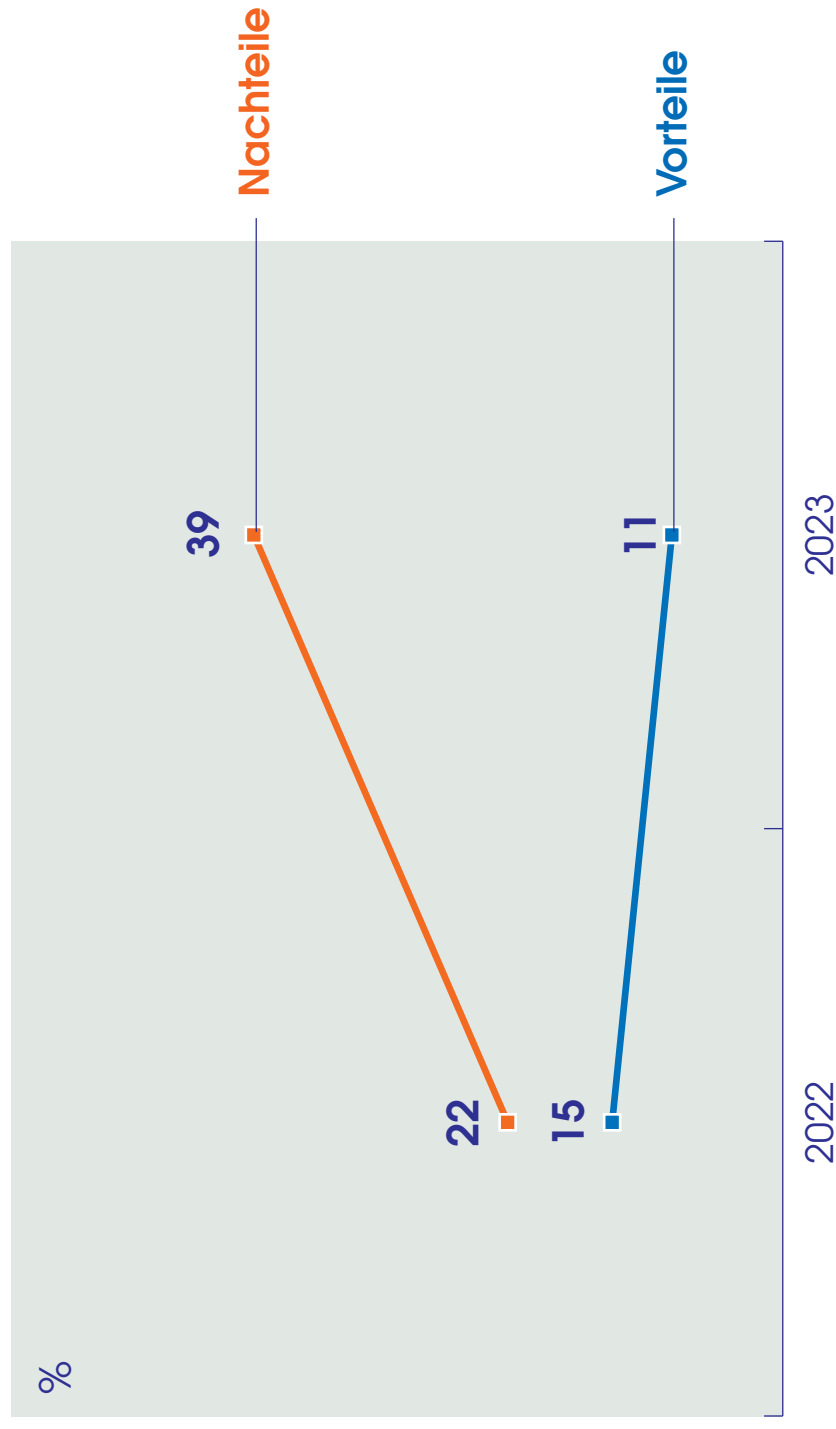
37

Bis 2045 sollen alle Öl- und Gasheizungen ausgetauscht werden

36

Die Bürger fürchten zunehmend Nachteile durch Reformen

Frage: "Wenn Sie einmal an die Reformen denken, die in den nächsten Jahren anstehen: Rechnen Sie damit, dass diese Reformen für Sie persönlich alles in allem eher Vorteile oder eher Nachteile mit sich bringen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12051, 12071

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 115
vom 19. Mai 2023, S. 10, unter dem Titel:

"Lost in Transformation. Die Mehrheit fühlt sich
von den Plänen zum Klimaschutz überfordert."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Lost in Transformation

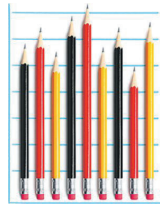
Einigheit über die Ziele und Notwendigkeit von Transformationsprozessen bedeutet nicht, dass konkrete Beschlüsse zur Umsetzung automatisch breite Akzeptanz finden. Die Formulierung von Zielen ist einfach, die Planung und Organisation ihrer Umsetzung komplex. Sie erfordern, dass alle Optionen und die Voraussetzungen und Ressourcen dafür akribisch geprüft werden wie auch die Konsequenzen für die Betroffenen und realistische Zeitschienen. Wenn dies nur unzureichend geschieht, sind Widerstand und Vertrauensverluste programmiert – umso mehr, wenn die Maßnahmen in das Leben weiter Bevölkerungskreise eingreifen.

Das Ziel Klimaschutz durch die Umsteuerung auf regenerative Energien zu befördern wird von der Mehrheit nach wie vor unterstützt. Klimaschutz wird zu den wichtigsten politischen Herausforderungen gezählt. Die Bevölkerung rechnet zu Beginn der Legislaturperiode auch damit, dass die Ampelkoalition Klimaschutz Priorität einräumen würde. Viele stellten sich bereits nach den ersten hundert Tagen der Regierung darauf ein, dass die Klimaprogramme unmittelbare und meist negative persönliche Auswirkungen haben würden. 56 Prozent rechneten nach dem Start der Regierung mit persönlichen Auswirkungen der Klimapolitik; nur sieben Prozent hofften auf positive Auswirkungen, 49 Prozent erwarteten Nachteile. Diese Einschätzung hat sich nur wenig verändert. Überdurchschnittlich fürchten die schwächeren sozialen Schichten und die ostdeutsche Bevölkerung, dass die Klimapolitik ihnen Opfer abverlangen wird.

Das Tempo der politischen Beschlüsse wird zunehmend als überhöht empfunden. Anfang vergangenen Jahres fielen 23 Prozent dieses Urteil, 32 Prozent, in Ostdeutschland 39 Prozent, 50 Prozent bewerten die Schlagzahl der Klimapolitik jedoch nach wie vor als angemessen oder sogar als zu niedrig. Auch dies unterstreicht, dass die Forcierung von Klimaschutz von der Mehrheit nicht grundsätzlich infrage gestellt wird – sehr wohl aber einzelne Maßnahmen und Pläne.

Die Reaktion auf beschlossene oder geplante Maßnahmen fällt differenziert aus. So unterstützt die Mehrheit einen forcierten Ausbau der Windenergie, eine knappe Mehrheit auch die Solarpflicht für Neubauten. Völlig anders fällt die Reaktion auf strengere Vorschriften für die Dämmung von Häusern und Wohnungen und vor allem auf das Verbot von Öl- und Gasheizungen aus: 60 Prozent sehen die Vorschriften für die Dämmung kritisch, 72 Prozent den Plan, dass bis 2045 alle Öl- und Gasheizungen ausgetauscht werden sollen, 80 Prozent das ab 2024 geplante Verbot, noch neue Öl- und Gasheizungen einzubauen. 72 Prozent der Bevölkerung heizen mit Erdgas oder Öl. Entsprechend zieht auch nur jeder Vierte entspannt die Bilanz, von den Plänen nicht betroffen zu sein. 36 Prozent stuften sich als stark betroffen ein, überdurchschnittlich die 45-Jährigen und Älteren und Immobilienbesitzer. Die Hauptsorge gilt den erwartenden Investitionskosten. Knapp 30 Prozent fürchten, dass die Pläne für die Eliminierung von Öl- und Gasheizungen sie finanziell überfordern werden; unter Immobilienbesitzern fürchten dies 42 Prozent. Schon die Instandhaltung von Immobilien ist für viele eine Herausforderung und deshalb die Vorstellung, dass die finanziellen Belastungen aus dem Besitz deutlich steigen könnten, erschreckend.

Die Sorge, dass aufgrund neuer Vorgaben für Heizen und eine bessere Energieeffizienz von Gebäuden höhere Lasten auf sie zukommen, treibt 58 Prozent der Bevölkerung um; das entspricht rund 40 Millionen Menschen. Ob man sich zutraut, diese Kosten zu schultern, hängt in hohem Maße von der eigenen materiellen Situation ab. In den höheren Schichten fürchtet zwar auch die Mehrheit höhere Belastungen, aber nur 17 Prozent eine Überforderung. In der Mittelschicht macht sich

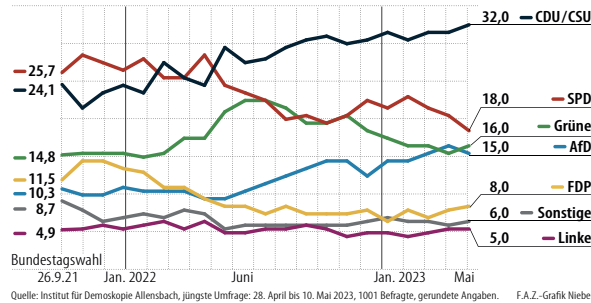


Die Mehrheit fühlt sich von den Regierungsplänen zum Klimaschutz überfordert.

Von Prof. Dr. Renate Köcher
Institut für Demoskopie
Allensbach

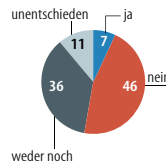
Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)

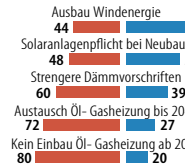


Stimmungsbild zu Klimaschutz und Reformpolitik

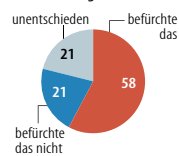
Ist die Klimapolitik für Sie persönlich vorteilhaft?



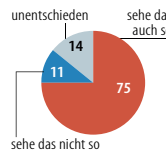
Wie stehen Sie zu folgenden Politikentschlüssen?



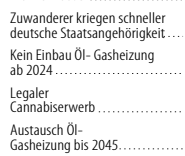
Kommen höhere Kosten durch Heiz- und Energiebestimmungen auf Sie zu?



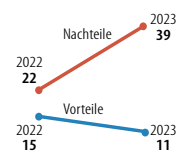
Der Staat darf die Bürger beim Klimaschutz nicht finanziell überfordern.



Das beunruhigt mich:



Haben die Reformen, die künftig anstehen, Vor- oder Nachteile für Sie?



dagegen jeder Dritte Sorgen, dass ihn die Mehrkosten überfordern könnten, in den schwächeren sozialen Schichten die Mehrheit. Das Empfinden, dass der Staat die Leistungsfähigkeit der Bürger zu wenig in den Blick nimmt und dadurch viele finanziell überfordert, reicht jedoch weit über den Kreis hinaus, der fürchtet, für die Mehrausgaben unzureichend gerüstet zu sein. 75 Prozent stimmen der Kritik zu, der Staat mude den Bürgern beim Klimaschutz zu viel zu und verpflichte sie zu Maßnahmen, die viele überfordern. Zwar werden Entlastungen versprochen; dies dämpft die Besorgnis bisher jedoch aus einem Grund kaum: Die Kosten für einen Heizungsaustausch und eine bessere Dämmung können sehr konkret berechnet werden und haben für viele erschreckende Dimensionen, das Entlastungsversprechen bleibt jedoch bisher vage.

Zu der Sorge über finanzielle Belastungen kommt der Verlust an Planungssicherheit. Die Hälfte der Bevölkerung ist durch die Pläne der Regierung zur Zukunft des Heizens verunsichert und ratlos, wie man sich darauf am besten einstellt. Überdurchschnittlich haben Immobilienbesitzer und die schwächeren sozialen Schichten dieses Gefühl. Während in den höheren sozialen Schichten 38 Prozent ratlos sind, wie sie sich am besten vorbereiten,

sind es in den schwächeren Schichten 57 Prozent. Generell fühlen sich die schwächeren sozialen Schichten für Transformationsprozesse schlechter gerüstet, ob für Klimaschutz, Digitalisierung, den wirtschaftlichen Strukturwandel oder Reformen der sozialen Sicherungssysteme.

Wer bei groß angelegten Transformationsprozessen das Vertrauen der Mehrheit bewahren will, muss alles daransetzen, dass die Maßnahmen mit allen Folgen durchdacht sind, die Bürger die Konsequenzen, die sie unmittelbar betreffen, kalkulieren und verkraften können und Planungssicherheit haben. Auch die neuen Zielvorgaben für die individuelle Mobilität treffen auf Skepsis. Die Mehrheit begrüßt die Pläne, den Nahverkehr auszubauen und die Bahn verstärkt für den Güterverkehr einzusetzen. Auch Tempolimits werden von vielen unterstützt. Eine Politik, die den Pkw-Verkehr generell als Problem ausmacht und einschränkt, wird jedoch von der großen Mehrheit kritisch gesehen. So halten es 58 Prozent für falsch, bei der Stadtplanung Fußgängern und Radfahrern Vorrang vor dem Pkw-Verkehr einzuräumen; 67 Prozent sind gegen eine Ausweitung von Zufahrtsbeschränkungen von Pkw in

Innenstädten. Am wenigsten Verständnis findet der Beschluss, ab 2035 keine Pkw mit Verbrennungsmotor mehr zuzulassen. 27 Prozent unterstützen diesen Beschluss, 72 Prozent sprechen sich dagegen aus. Die Festlegung auf Elektromobilität hat die Bevölkerung bisher zu keinem Zeitpunkt überzeugt – nicht nur aufgrund des zu langsamen Aufbaus der Ladeinfrastruktur, Zweifeln an der Eignung für Langstreckenfahrten und der Kosten für die Anschaffung und Strom, sondern auch aufgrund von Zweifeln an der Umweltbilanz. Völlig stabil zweifeln 60 Prozent der Bürger, ob die Umweltbilanz der E-Mobilität angesichts des Strommixes und der Batterieherstellung und -entsorgung eindeutig überlegen ist. Das Verbrenner-Aus wird zwar auch von der Mehrheit der Kritiker gelassen gesehen; immerhin 34 Prozent beunruhigt diese Perspektive jedoch.

Die Pläne und Beschlüsse zur Förderung von Klimaschutz sind jedoch keineswegs die einzigen, nicht einmal die zurzeit dominierenden Auslöser von Besorgnis. Die Regierung ist insbesondere bei der Steuerung von Migration oder in der Gesundheitspolitik mit wachsender Skepsis der Bürger konfrontiert. Das personale Fundament des Gesundheitswesens erodiert mit besorgniserregender Geschwindigkeit, während gleichzeitig die Kosten steigen. Die Bevölkerung stellt dem Gesundheitssystem noch ein gutes Zeugnis aus, ist aber überzeugt, dass die Leistungsfähigkeit immer schwerer zu erhalten ist. Eine offensive Debatte über Leistungsansprüche, Strukturen oder Bürokratieabbau und Digitalisierung findet bisher jedoch nur in Ansätzen statt. Die Bürger beobachten in ihrer Region jedoch den sich zuspitzenden Personalmangel – bei Ärzten, Pflege- und Praxispersonal. Das gilt insbesondere für ländliche Regionen und Ostdeutschland. Auch die Frage, wie es mit der Krankenhausabdeckung weitergeht, beunruhigt die große Mehrheit. Die Schließung kleinerer Krankenhäuser beunruhigt zwei Drittel der Bevölkerung. Die Verschärfung der Probleme im Gesundheitswesen wird für die Politik eine immer größere Herausforderung.

Das gilt auch für die Bewältigung der Flüchtlingssituation. Den meisten fehlt das Zutrauen, dass die weitgehend ungesteuerte Migration verstärkt an den Interessen des Landes ausgerichtet wird. Zwar ist der Arbeitskräftemangel bewusst, trotzdem sehen zwei Drittel der Bevölkerung Bemühungen, Fachkräfte verstärkt über Zuwanderung zu gewinnen, skeptisch. Noch ablehnender ist die Haltung zu einer rascheren Einbürgerung. Nur 18 Prozent begrüßen dies, 53 Prozent finden sie beunruhigend. Untersuchungen belegen zwar, dass diese Haltung nicht fest gefügt ist; die Aufgeschlossenheit wächst deutlich, wenn die raschere Einbürgerung an Bedingungen geknüpft wird wie Sprachbeherrschung und Erwerbstätigkeit.

Das Vertrauen, dass die Politik den Problemen gewachsen ist, ist begrenzt. Nur zehn Prozent haben großes, 29 Prozent überhaupt kein Vertrauen. Die Bürger rechnen immer mehr damit, dass sich die Reformen für sie nachteilig auswirken werden. Nach den ersten 100 Tagen der Regierung war das noch anders. Damals gingen zwar viele davon aus, dass die klimapolitischen Beschlüsse für sie Nachteile bringen; darüber hinaus sahen die meisten der Legislaturperiode jedoch entspannt entgegen. Seither hat sich der Blick auf Reformen verdüstert: Der Anteil, der Nachteile befürchtet, hat sich von 22 auf 39 Prozent fast verdoppelt, während nur elf Prozent auf positive Auswirkungen hoffen. Die Akzeptanz von Transformationsprozessen leidet, wenn sie in erster Linie mit Einschränkungen und Verzicht assoziiert werden und kaum mit Chancen. Das ist auch das Problem einer Politik, die Anreizsystemen weniger vertraut als Verboten. Die große Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen ist vom Gegenteil überzeugt.